

FİMM Kongresi 20 Mart'ta yapıldı

FİMM (Forum pour l'intégration des migrants/ Forum für die integration der migrant) olağan kongresi Bern'de UNIA sendikasının konferans salonunda yapıldı.

İsviçre'de yaşayan bir çok ülkeden göçmen dernek ve federasyonlarının üyesi bulunduğu FİMM Bern'de UNIA sendikasının konferans salonunda yaklaşık 100 kişinin katılımı ile 20 Mart'ta kongresini gerçekleştirdi.

Açılış konuşmasını Yapan FİMM başkanı **Emine SARIASLAN** ; göçmen kurumlarının çalışmalarının çok önemli ancak gönüllülük temeline dayalı çalışmalar olduğundan zorluklarının olduğunu bu anlamda bütün güçlüklerle rağmen fedakarca çalışmalar yürüten tüm üye,delege ve kurumlara teşekkür ederek başladığı konuşmasında 2009'un zor bir yıl olduğunu ekonomik kriz minare yasağı vb. zorluklarla karşılaşıldığını özellikle krizin göçmenleri ciddi anlamda etkilediğini ; Birçok göçmenin işini kaybettiğini ve bu nedenle bir kısmının ülkelerine geri dönme tehlikesiyle karşı karşıya olduğunu dile getirdi.Minare yasağının kültürler

arası hoşgörü açısından üzücü ve kabul edilemez olduğunu ve geliştirilmeye çalışılan kamplaşmaya hizmet edeceğini, birleştirici değil ayrıştırıcı bir tutum olduğunu belirtti.SARIASLAN , kurum olarak uyumdan/entegrasyondan yana olduklarını ama asimilasyona karşı olduklarını belirtti.Sağlıklı bir uyum için göçmenlere önemli görevler düştüğünü,kendi içlerine kapanmadan büyük bir çaba harcayarak hem tüm yaşam alanlarından faydalanma hem de kendilerini kabul ettirme birbirlerinin kültürlerine, düşüncelerine kısacası farklılıklarına saygı duyarak, birlikte yaşama yollarını geliştirme gayretini içerisinde olmalarının önemine dikkat çekti. Başkan yardımcısı **Fiammetta Jahreiss** 2009 yılı rapor ve çalışmalarını,Magueye Thiam 2010 için öngörülen bütçeyi ve Sekreteryadan **Mehmet Akyol** 2009 gelir gider hesaplarını,sundu. Srilanka,Gine ve Arnavut derneklerinin FİMM'e üyelik talepleri oylanarak kabul edildi.FİMM' in projeleri (göçmenler ve sağlık vb.) çalışma gruplarının faaliyetleri (basın yayın,eğitim,uluslararası ilişkiler gurubu vs.)ve bazı derneklerin çalışmalarının tanıtıldığı (kağıtsızlar derneği,Fimm Friburg bölge derneği vb.) ve hedeflenen çalışmalar,dilek ve temennilerle devam



eden kongre , Bern Üniversitesinden PD Dr.Yvonne Riano'nun Eğitimli göçmenlerin özellikle de bayanların İsviçre'de meslek edinme ve mesleki eğitimdeki şansları konulu bir araştırma ile ilgili sunumu ve

ardından Marguerite Layele'nin Afrika folklorik gösteri ve dansı ile kongre sona erdi.

(ARKADAŞ)

Eröffnungsrede von Presidentin Emine Sariassan des FİMM an der Generalversammlung

Liebe Kolleginnen liebe Kollegen Sehr geehrte Gäste

Ich heisse Sie zu unserer Generalversammlung herzlich willkommen.

Das FİMM wurde vor 10 Jahren gegründet. Wir alle wissen, dass das FİMM als einzige Dachorganisation der Migranten Vereine eine relevante Rolle in der schweizerischen Gesellschaft spielt.

Das FİMM dient als Vorbild einer gesellschaftlichen, politischen und sozialen Integration und als Basis für die transkulturelle Kommunikation und Vermittlung.

Mit der Unterstützung und Förderung verschiedener, konkreter Aktivitäten und durch das Zusammenführen von gemeinsamen Interessen innerhalb der Basis stellte das FİMM in den letzten 10 Jahren eine rege Austauschplattform dar.

Eine erfolgreiche Integration wird nicht durch Zwang oder eine Sanktionspolitik herbeigeführt, sondern durch die gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme aller Gesellschaftsmitglieder ermöglicht. Durch die FİMM-Aktivitäten und sowie interne und externe geführte Debatten nehmen FİMM-Mitglieder am politischen Diskurs teil.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Sehr geehrte Damen und Herrn

2009 war ein turbulentes Jahr. Ich werde in meiner Rede auf zwei Themen, die 2009 geprägt haben und für uns MigrantInnen wichtig waren, eingehen. Nämlich die Wirtschaftskrise und die Anti-Minarett-Initiative.

Die Wirtschaftskrise hat den schweizerischen Arbeitsmarkt hart getroffen. Viele Menschen haben ihre Arbeit verloren. Nach vielen Jahren Tätigkeit im Betrieb wurden sie auf der Strasse gestellt.

Von dieser Krise waren MigrantInnen auf besonderer Weise betroffen. Wenn die Arbeitslosigkeit länger andauert, und wenn aus arbeitslosen MigrantInnen Sozialhilfeabhängige werden, dann wird eine doppelte Diskriminierung auf Gesetzesebene einsetzen.

Sozialhilfeabhängigen MigrantInnen aus Drittstaaten droht nämlich der Entzug der Aufenthaltsbewilligung. Wir erwarten

eine Zunahme an fremdenpolizeilichen Verwarnungen, welche gezielt an MigrantInnen aus dem Nicht-EU-Raum adressiert sein werden.

Dies führt zu einer starken Verunsicherung der Betroffenen. Und das FİMM zeigt sich über diese Situation äusserst besorgt.

Das Motto unter gewissen Kreisen heisst jetzt: Wer seinen Job verloren hat, soll möglichst schnell in seine Heimat zurückkehren. Und leider findet dieses Motto derzeit mehr und mehr Gefallen.Als ob die schmerzhaften Folgen der Wirtschaftskrise nicht genügt, mussten wir uns mit dem erschreckenden Resultat der Anti-Minarett-Initiative befassen.

Während der und nach der Anti-Minarett-initiative hat sich die Diskussion über die "muslimischen Einwanderer" in eine hysterische Hetzkampagne gesteigert. Es wurden absurde Feindbilder gemalt. Die Ängste der Menschen wurden bestimmten Parteien geschürt.

In den Abendprogrammen der Fernsehanstalten und in den Tageszeitungen wurden über den so genannten "Kampf der Kulturen", über die "parallelen Gesellschaften" und über das "Scheitern der multikulturellen Gesellschaft" berichtet.

Dabei wird pauschaliert und auf keiner Art und Weise differenziert. Diese Vorwürfe gegenüber den "Islamisten" sind verallgemeinert und richten sich an jeden der "anders aussieht". Aus jedem Moslem wird ein "gewaltbereiter Islamist" gemacht. Ich frage:

Kann eine solche Haltung zu einer Überwindung der Vorurteile zwischen den Einheimischen und den MigrantInnen führen? Können Lösungen auf diese Art entwickelt werden, die ein friedliches Zusammenleben erleichtern? Unsere Antwort ist klar NEIN!

Wir wissen jedoch, dass diese Kampagne ausgenutzt wurde, um bestehende Gesetze sowie "Sicherheitsvorkehrungen" zu verschärfen. Nach der Annahme der Anti-Minarett-Initiative sprechen die Befürworter der Initiative und einige Verbündete noch mehr Verbote aus.

Liebe Kollegen liebe Kolleginnen, sehr geehrte Gäste Wir beobachten, dass der Integrationsdiskurs in eine restriktive

Richtung geht. Es ist klar ersichtlich, dass aktuelle Gesetzesänderungen viel mehr die Assimilation und nicht die Integration von Migrierenden anstreben. Die Forderung "Lernt die Sprache, integriert euch!" wurde lauter.

Es wird davon ausgegangen, dass durch Zwang und Sanktionen die Integration gefördert werden kann. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Revision des Bürgerrechtsgesetzes verlangt, dass wer eine Landessprache nicht beherrscht, mit Entziehung der Aufenthaltsbewilligung rechnen soll. Das können wir so nicht akzeptieren.

Die Integration ist ein Prozess und ihre Entwicklung ist von gesellschaftlichen Entwicklungen abhängig. Es ist aber klar, dass dieser Prozess mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden ist und eine lange Zeit in Anspruch nehmen kann. Auch ist klar, dass die Integration nicht nur von einer Seite verlangt werden kann, sondern dass sich beide Seiten um die Integration bemühen müssen: MigrantInnen dürfen sich gegenüber der Gesellschaft nicht verschließen und die "einheimische" Bevölkerung muss Bedingungen für eine Integration schaffen.

Trotz religiöser oder nationaler Unterschiede haben Einheimische und MigrantInnen, mehr Gemeinsamkeiten und gleiche Interessen als es heutzutage zugegeben wird.

Die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben können nicht nationale oder religiöse Unterschiede sein. Die Menschen haben ähnliche Wünsche, Träume und Ziele. In der Schule, im Betrieb, in Stadtteilen ist die Grundlage für ein Zusammenleben geschaffen. Mit einem Dialog und gegenseitigem näher kommen können die Unterschiede überwunden werden.

Genau in diesem Punkt ist es wichtig, den Dialog und das gegenseitige Verständnis in den Vordergrund zu stellen. Es nützt weder MigrantInnen noch der Schweizer Bevölkerung das Trennende und die Andersartigkeit zu betonen. Wir sollten vielmehr die verbindenden Besonderheiten und Werte hervorheben und deutlich machen, dass diese eine entscheidende Rolle im Zusammenleben spielen.

Das FİMM wird sich weiterhin für ein Leben Zusammenleben, für die Integration und Partizipation einsetzen.

Alain BRINGOLF

Changement au Conseil d'administration d'Hôpital neuchâtelois

Après de longs mois d'examen, le Conseil d'Etat a désigné un nouveau Conseil d'administration pour l'hôpital neuchâtelois.

Six membres nouveaux arrivent au conseil alors qu'une seule reste à sa place. Cette mesure sera-t-elle suffisante pour calmer les inquiétudes de la population et du personnel de l'institution ? Les mois qui viendront le diront.

Fâcheusement, la mesure du gouvernement fait croire que toutes les difficultés de la restructuration de l'hôpital provenaient du dysfonctionnement du Conseil d'administration. Certes, l'ancienne équipe était conduite par des personnes convaincues

des rapports de pouvoir entre supérieurs et subordonnés.

Malgré cela, d'autres raisons plus profondes expliquent les difficultés rencontrées dans la transformation de la politique de la santé neuchâtoise.

L'introduction de la libre circulation des patients dans tous les hôpitaux, que la Confédération a décidé, laisse apparaître un état d'esprit directement inspiré du libéralisme. Seule la concurrence fait progresser le genre humain et permet la transformation des services d'intérêt public vers la rentabilité.

A cela s'ajoute le frein aux dépenses provenant de la même stupide croyance. Le Conseil d'Etat externalise les services publics, c'est-à-dire qu'il les sort du giron des services administratifs, les rends "davantage autonome" dans leur gestion et en confie la gestion à des conseils d'administrations. Cependant, il fixe les objectifs financiers et les délais à

respecter. Une large majorité politique a soutenu cette ligne de conduite et il ne faudrait pas l'oublier car c'est elle qui préside aux choix.

Pourtant, le nouveau Conseil d'administration ne comptera plus de représentants politiques. Certains regrettent déjà cette décision qui sépare les politiques, par qui tout le mal arrive, des technocrates, par qui tout se résout.

L'absence de représentants politiques pourrait faire reculer les obstacles plutôt que les résoudre. Au même moment du changement au Conseil d'administration la fermeture de la maternité de La Chaux-de-Fonds se concrétise. Désormais le centre mère-enfant existe à Neuchâtel. Malgré le choix du Conseil d'Etat de le faire remonter à La Chaux-de-Fonds dans quelques années, personne n'y croit.

Enfin, que penser d'un Conseil d'administration formé, à part un de ses membres, de personnes ne conn-

naissant que peut ou partiellement les problèmes de la santé publique. Saura-t-il trouver les moyens nécessaires pour résoudre les conflits ouverts et larvés de la grande transformation.

L'atout principal des nouveaux responsables réside dans leur volonté d'améliorer les relations. La présidente, Claudia Moreno, est la cheffe d'une entreprise de management des personnes dans les entreprises. Elle se veut être une facilitatrice des coordinations lorsqu' apparaissent des difficultés. Le vice-président, professeur à la Haute Ecole de la santé La Source, dit qu'il faut redonner confiance aux patients et redonner sa fierté au personnel. La tâche sera difficile.

Que sur sept membres trois soient des femmes permettra peut-être un mode de fonctionnement dans lequel les confrontations de pouvoir seront moins nombreuses.

ABr